

<b>ANTRAG</b> Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadtrat Thorsten Ehlgötz (CDU) Stadtrat Detlef Hofmann (CDU) Stadtrat Sven Maier (CDU) Stadtrat Rainer Weinbrecht (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion  vom 21. Januar 2014	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>59. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>18.03.2014</b> <b>2014/0362</b> <b>16</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Einrichtung eines Ausschusses für Sicherheit und Ordnung</b>		

Die CDU-Fraktion beantragt:

Die Stadt Karlsruhe richtet einen Ausschuss für Sicherheit und Ordnung ein.

### ***Sachverhalt/Begründung:***

Das Bedürfnis nach Sicherheit und Sauberkeit zählt zu den menschlichen Grundbedürfnissen und ist für das Wohlbefinden in Karlsruhe von großer Bedeutung. Eine hohe subjektive und objektive Sicherheit beeinflusst die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich mit - Sicherheit bedeutet Lebensqualität. Bei einem fehlenden Sicherheitsgefühl werden bestimmte Orte oder der Aufenthalt im öffentlichen Raum gemieden, sogenannte Angsträume entstehen. Das Erscheinungsbild des öffentlichen Raums und der Wohnquartiere genießt in der Bevölkerung daher zu Recht einen hohen Stellenwert.

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung bündelt als beratender Ausschuss, dem auch Vertreter aus Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Gruppen angehören, die verschiedenen Runden Tische und Themenbezogenen Arbeitsgruppen für eine gesamtheitliche Betrachtung der Fragestellungen von Sicherheit und Ordnung.

Konkret gehören zum Themenbereich des Ausschusses der Kommunale Ordnungsdienst, die Kriminalprävention und sonstige Fragen der Sicherheit im öffentlichen Raum. Die Themenfelder Katastrophenschutz, Verkehrssicherheit, Prostitution, Stadionsicherheit oder häusliche Gewalt sind ebenso denkbar. Darüber hinaus bietet sich der Ausschuss als Beratungsorgan bei Planungen von neu entstehenden

Wohnquartieren unter dem Blickwinkel einer sicherheitsorientierten Gestaltung des öffentlichen Raums an. Durch die aktive Einbindung der Bewohner schon in der Planungsphase des Wohnviertels als städtebaulich präventives Instrument kann die Grundlage für eine gemeinsame Identifizierung mit, und die Übernahme von Verantwortung für den öffentlichen Raum durch die Bürgerinnen und Bürger gelegt werden.

Die Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe sieht die Bildung beschließender Ausschüsse vor. Gleichzeitig bestehen beratende Ausschüsse zur Vorberatung von Angelegenheiten Ihres Aufgabengebiets im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats. Mit der Neueinrichtung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung geht eine Neustrukturierung der Themenfelder der bestehenden Ausschüsse einher. Die Stadt Mannheim richtete bereits einen Ausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung ein.

unterzeichnet von:

Gabriele Luczak-Schwarz

Thorsten Ehlgötz

Detlef Hofmann

Sven Maier

Rainer Weinbrecht

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

6. März 2014